

<b>Vorlage</b>		Vorlage-Nr:	E 26/0079/WP16
Federführende Dienststelle: Gebäudemanagement		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	13.10.2011
		Verfasser:	
<b>Sachstandsbericht zum Antrag von CDU und Grünen zum Thema Graffiti</b>			
Beratungsfolge:		TOP: __	
Datum	Gremium	Kompetenz	
13.10.2011	PLA	Kenntnisnahme	

**Beschlussvorschlag:**

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

## **Erläuterungen:**

Die Verwaltung hat recherchiert, wie andere Städte mit dem Thema illegaler Graffiti umgehen. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Linien. Während die einen Städte illegale Graffiti an öffentlichen Gebäuden konsequent beseitigen sowie private Hausbesitzer bei der Beseitigung von Graffiti finanziell unterstützen, stellen andere Städte Wandflächen für Graffiti zur Verfügung. Bei der zur Verfügung Stellung von Flächen, gehen diese Städte davon aus, damit illegale Graffiti verhindern zu können. Auch in Aachen sind bereits einige Graffiti legal entstanden. Dabei handelt es sich meist um Projekte, die von Einrichtungen wie der Bleiberger Fabrik, dem Ludwig Museum, Schulen oder anderen organisiert wurden. Jugendliche werden dabei von Professionellen angeleitet. Gelungene Beispiele sind die Lärmschutzwand an der Welkenradter Straße, die in Abstimmung mit der DB in einem Projekt der Bleiberger Fabrik gestaltet wurde oder die aktuelle Umgestaltung der Unterführung in Richterich, die auf die Initiative der Bezirksvertretung in Richterich zurückzuführen ist. Auch die STAWAG hat bereits gezielte Aktionen an ihren Umspannwerken durchgeführt wie z.B. im Bereich des Campus Melaten.

Die Erfahrungen anderer Städte aber auch in Aachen lassen allerdings nicht erkennen, dass durch das zur Verfügung stellen von legalen Flächen illegale Graffitiaktionen oder Schmierereien an öffentlichen und privaten Gebäuden verhindert werden können.

Die Verwaltung will daher keine Liste von Flächen an öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellen, sondern bei der bisherigen Praxis der Einzelfallentscheidung bleiben und vor allem Flächen von Unterführungen wie im Tunnel an der Hackländerstraße oder am Europaplatz bei Nachfragen von Interessierten vorschlagen.